

INHALT

1. Alarmsignale im Mittelstand werden lauter
2. Innenminister will bei Reform des Kommunalen Finanzausgleichs nur nachbessern
3. Bericht der Landesregierung zeigt negative Konsequenzen der rot/grün/blauen Regierungspolitik für die Sparkassen auf
4. CDU-Fraktion fordert Landesregierung beim Jugendmedienschutz zum Handeln auf
5. Landtagsdebatte über Vorratsdatenspeicherung
6. CDU-Fraktion fordert in der Pflege mehr Zeit für die Menschen
7. Debatte über Zinssicherungsgeschäfte der Landesregierung
8. Zukunft der Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein

21.11.2013

Alarmsignale im Mittelstand werden lauter

Fraktionschef Callsen fordert ein Ende der wachstumsfeindlichen Politik von Rot/Grün/Blau



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Nachdem die Regierungskoalition in diesem Jahr eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen auf den Weg gebracht hat, die besonders dem Mittelstand schaden, hat die CDU-Fraktion im Landtag heute (21. November 2013) eine Initiative für eine wachstumsorientierte

Mittelstandspolitik gefordert. Fraktionschef Johannes Callsen betonte in seinem Redebeitrag, dass die Alarmsignale aus der Wirtschaft ernst seien.

Der Antrag der CDU-Fraktion sieht unter anderem einen Abbau des Bürokratieaufwandes für Mittelstand und Handwerk, den Verzicht auf die Anhebung der Grunderwerbssteuer sowie weitere Freiräume für Kleinunternehmer vor.

Fraktionschef Callsen kritisierte in seiner Rede die Politik der Landesregierung der vergangenen Monate, mit der sie die positiven Wachstumseffekte von CDU und FDP zusehends zunichte gemacht habe. „Der Ministerpräsident spricht von wachstumsorientierter Politik - und sieht zu, wie seine Koalition am laufenden Band wirtschaftsfeindliche Gesetze verabschiedet, die von den Unternehmen nur noch als Folterinstrumente empfunden werden“, mahnte Callsen, der in der Debatte erneut die Aufhebung dieser Gesetze forderte.

Die Regierungsfractionen waren nicht einmal bereit, über den CDU-Antrag wie üblich im Ausschuss zu beraten. Sie lehnten diesen ab und beschlossen statt dessen einen Alternativantrag. Dieser nennt an erster Stelle der Rahmenbedingungen zur Stärkung von Mittelstand und Handwerk die "Umsetzung, enge Begleitung und Evaluierung des Dreiklangs aus Tariftreue, Mindestlohn und Register zum Schutz fairen Wettbewerbs".

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1309.pdf>

Link zum Änderungsantrag von SPD, GRÜNE und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1328.pdf>

Innenminister will bei Reform des Kommunalen Finanzausgleichs nur nachbessern CDU-Fraktion fordert komplett neues Verfahren



Petra Nicolaisen, MdL

Innenminister Andreas Breitner hat im Hinblick auf seine umstrittene Reform des Kommunalen Finanzausgleichs heute eine Nachbesserung verkündet: Die Aufteilung der Schlüsselzuweisungen soll sich künftig nach den tatsächlichen Steuereinnahmen und nicht mehr nach den so genannten Steuerkraftmesszahlen richten. Die Methodik des der Reform zugrunde liegenden wissenschaftlichen Gutachtens und die Systematik des Gesetzentwurfs will die Landesregierung allerdings nicht verändern.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra

Nicolaisen, sagte dazu: „Der Gesetzentwurf gehört komplett ins Altpapier“.

Die gesamte Reform fuße auf der Auffassung von SPD, Grünen und SSW, die Kreise seien überfinanziert. «Dieser Ausgangspunkt der Reform entbehrt jeder Grundlage.» Die jetzige Änderung sei nur ein erneuter Versuch, die kommunale Familie zu spalten. Es bestehe noch die Chance, das Gesetzesverfahren neu aufzurollen und eine tragfähige Datenbasis zu schaffen. Dazu gehöre die Klärung der Frage der notwendigen Mindestausstattung von Gemeinden, kreisfreien Städten und Kreisen. Dazu gehöre auch die Bereitschaft anzuerkennen, «dass der Topf insgesamt zu klein ist».

Im Vergleich zu dem im September von Innenminister Breitner vorgelegten Gesetzentwurf verlieren die kreisangehörigen Gemeinden rund zehn Millionen Euro. Der Verlust der Kreise bleibt gleich, das Plus der kreisfreien Städte steigt noch einmal um zehn Millionen Euro auf insgesamt 38,6 Millionen Euro. Am Nachmittag erklärte der Schleswig-Holsteinische Landkreistag in einer Pressemitteilung, auch die neuen Berechnungen könnten nicht nachvollzogen werden.

Bericht der Landesregierung zeigt negative Konsequenzen der rot/grün/blauen Regierungspolitik für d CDU-Fraktion warnt vor negativen Folgen für Mittelstand und Handwerk



Tobias Koch, MdL

Auf Antrag der FDP-Fraktion debattierte der Landtag heute über einen Bericht der Landesregierung zur Situation der Sparkassen (Link siehe unten). Insbesondere ging es um die Frage, welche konkreten Maßnahmen die Regierung plant, um die sich abzeichnende Eigenkapitallücke bei den Sparkassen im Land zu schließen:

Für die CDU-Fraktion wies deren Finanzexperte Tobias Koch darauf hin, dass es die Landesregierung laut ihrem Bericht „nicht als Aufgabe des Landes ansieht, sich an Sparkassen zu beteiligen oder ihnen in anderer Form Kapital zuzuführen.“ „Mit anderen Worten wird es eine direkte Hilfe des Landes bei der Lösung von Eigenkapitalproblemen der schleswig-holsteinischen Sparkassen nicht geben“, so Koch.

Der Bericht mache auch deutlich, dass das einzige Kapital, das den schleswig-holsteinischen Sparkassen in jüngster Zeit neu zugeflossen ist, aus der Kapitalerhöhung der Sparkasse Mittelholstein resultiere. Haupt-Kapitalgeber sei die Hamburger Sparkasse gewesen.

„Also genau der Kapitalgeber, den SPD, Grüne und SSW von der zukünftigen Kapitalisierung

unserer Sparkassen ausgeschlossen haben. Das sollte den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen zu denken geben“, so Koch.

Diese Politik führe im Ergebnis zu einer fehlenden Möglichkeit zur Ausweitung der Kreditvergabe für die Finanzierung von Handwerk und Mittelstand in Schleswig-Holstein. „Was das für unsere mittelständischen Betriebe bedeutet und welche Konsequenzen sich daraus für die Stellung unserer Sparkassen im Wettbewerb der Banken ergeben, das kann sich glaube ich jeder selbst ausmalen“, so Koch weiter.

Im Ergebnis führe der Bericht Parlament und Öffentlichkeit die negativen Konsequenzen der rot-grün-blauen Regierungspolitik im Sparkassensektor deutlich vor Augen.

Link zum Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1215.pdf>

CDU-Fraktion fordert Landesregierung beim Jugendmedienschutz zum Handeln auf Debatte über Große Anfrage zum Jugendschutz-Medienstaatsvertrag



Dr. Axel Bernstein, MdL

In der heutigen (21. November 2013) Debatte anlässlich einer Großen Anfrage der Piraten-Fraktion zum Thema Jugendmedienschutz und Novellierung des Jugendschutz-Medienstaatsvertrages (JMStV) forderte der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein, die Landesregierung auf, endlich tätig zu werden:

„Im Koalitionsvertrag wollten sie noch die Medienkompetenz stärken. Es besteht dringender Handlungsbedarf, an dieser Baustelle wurde drei Jahre lang nichts getan und von der Landesregierung gibt es keine eigenen Initiativen in diese Richtung. Das ist nicht hinnehmbar“, so Bernstein.

Der Jugendmediensstaatsvertrag besteht zwischen allen deutschen Bundesländern und ist seit 2011 in Kraft. Der jetzige JMStV werde den neuen Anforderungen des digitalen Zeitalters nicht mehr gerecht. Einen vollständigen Schutz könne es zwar nicht geben, aber für den altersgerechten Umgang, seien nach wie vor Aufklärung und Vorbeugung der beste Schutz. Eltern seien deshalb auch ein ganz wichtiger Faktor. Sie müssten hier besonders viel Verantwortung übernehmen, forderte Dr. Bernstein.

Landtagsdebatte über Vorratsdatenspeicherung

Zeitlich begrenzte Speicherung für Strafverfolgungsbehörden unentbehrlich

Auf Antrag der Fraktion der Piraten debattierte der Schleswig-Holsteinische Landtag heute (21. November 2013) erneut über die Vorratsspeicherung. Die Piraten forderten mit ihrem Antrag, dem sich auch die Koalitionsfraktionen anschlossen, ein Verbot jeglicher Form von Vorratsdatenspeicherung.

Für die CDU-Fraktion verwies der datenschutzpolitische Sprecher, Axel Bernstein, auf die Notwendigkeit, Sicherheitsbehörden in die Lage zu versetzen, solche Daten abzurufen. „Wir halten eine mit Augenmaß geregelte Vorratsdatenspeicherung für richtig. Sie ist ein wichtiger Baustein zur Verbrechens- und Terrorabwehr“, so Dr. Bernstein.

Entgegen dem generellen Trend steige die Zahl der Straftaten, die in Verbindung mit dem Internet stehen, deutlich an. Dafür könne man nicht das Internet verantwortlich machen. Gerade zur Bekämpfung der Internetkriminalität, und auch der organisierten Kriminalität sei daher eine zeitlich begrenzte Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch die Unternehmen unentbehrlich.

Selbst das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil 2010 festgestellt: „Eine Rekonstruktion gerade der Telekommunikationsverbindungen ist für eine effektive Strafverfolgung und Gefahrenabwehr von besonderer Bedeutung.“

„In der Debatte geht es ohnehin nicht darum, ob die Vorratsdatenspeicherung kommt, sondern in welcher Form.“ Die SPD strebe dabei zum Beispiel lediglich eine Verkürzung der Mindestspeicherfrist in der bestehenden EU-Richtlinie an. Die Richtlinie sieht bisher eine Speicherung von Mindestens sechs Monaten vor, so Bernstein.

CDU-Fraktion fordert in der Pflege mehr Zeit für die Menschen

Landespflegekammer sorgt erneut für Diskussion im Landtag



Katja Rathje-Hoffmann, Mdl

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen debattierte das Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags heute (21. November 2013) über den vorgelegten Bericht der Landesregierung zur Pflegedokumentation und den Aufsichts- und Prüftätigkeiten in der Pflege.

Wie zu erwarten war, hatte der vorgelegte Berichte der Landesregierung wenig

Nachrichtenwert. Vielmehr beschränkten sich auch die Redner der Koalitionsfraktionen darauf, sich selbst für den Bericht der Landesregierung zu loben.

Für die CDU-Fraktion stellte die sozialpolitische Sprecherin, Katja Rathje-Hoffmann, in der Debatte fest, dass die Bemühungen zur Bürokratiereduzierung durch die Pflegedokumentation nicht die gewünschte Breitenwirkung entfalten. „Unser gemeinsames Ziel ist es die Dokumentation im Bereich der Altenpflege zu konkretisieren und auf ein notwendiges, praxistaugliches Maß zu begrenzen“, so Rathje-Hoffmann.

„Wir müssen dafür Sorge tragen, unnötige Belastungen der Pflegeeinrichtungen zu vermeiden. Denn die Pflege braucht mehr Zeit am Menschen, als am Schreibtisch“, so Rathje-Hoffmann weiter.

Auch wenn die Pflegekammer nicht auf der Tagesordnung stand, kam es zu diesem Thema erneut zum Schlagabtausch zwischen Opposition und Regierungsfractionen. Rathje-Hoffmann betonte erneut, dass sich lediglich 39 Prozent der Betroffenen in einer Umfrage für eine beitragspflichtige Pflegekammer ausgesprochen hatten.

Link zum Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1213.pdf>

Debatte über Zinssicherungsgeschäfte der Landesregierung Entscheidung der Finanzministerin birgt Risiken

Auf Antrag der FDP diskutierten die Abgeordneten am heutigen (21. November 2013) Donnerstag im Plenum über die Pläne der Landesregierung zur Zinssicherung.

Aufgrund der derzeit niedrigen Zinsen plant die Landesregierung, sich bei Neukreditaufnahmen gegen eventuelle Zinssteigerungen abzusichern. 30 Millionen Euro zusätzlich will die Landesregierung für Risikoprämien im kommenden Haushaltsjahr bereitstellen. Der Antrag der FDP fordert einen Verzicht dieser „Spekulationen mit Steuergeldern“. Finanzministerin Monika Heinold verteidigte die Koalitionspläne.

CDU-Finanzexperte Tobias Koch wies in seinem Debattenbeitrag auf das hohe Risiko hin, da die tatsächliche Zinsentwicklung nicht absehbar sei: Stiegen die Zinsen, würden sich die Risikoprämien auszahlen – sanken oder blieben sie aber konstant, werde das Geschäft zu einem Millionenverlust für das Land. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen habe das schleswig-holsteinische Modell daher entschieden abgelehnt. Statt auf Derivate setze das Land am Rhein weiterhin auf Kredite mit langen Laufzeiten und sichere sich so die niedrigen Zinsen. „Umso erstaunlicher ist es, dass ausgerechnet SPD, Grüne und SSW den Einsatz von Finanzderivaten in Schleswig-Holstein massiv ausweiten wollen“, stellte Koch fest.

Der Antrag der FDP wurde zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss überwiesen.

Link zum Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1283.pdf>

Zukunft der Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein CDU fordert gemeinsame europäische Lösung



Astrid Damerow, MdB

Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags debattierten heute (21. November 2013) über einen Bericht der Landesregierung zur Zukunft der Flüchtlingspolitik. Die FDP-Fraktion hatte die Landesregierung zuvor aufgefordert mündlich über eine Verbesserung der Flüchtlingspolitik zu berichten und dabei auf rechtliche Hürden und Maßnahmen zur Beseitigung einzugehen.

Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, forderte in ihrem Debattenbeitrag eine europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik unter Einbeziehung der Anrainerstaaten.

„Flüchtlingspolitik ist und bleibt zentraler Punkt der politischen Agenda. Die Bilder aus Syrien und von Lampedusa sind allgegenwärtig. Und es ist selbstverständlich, dass die Politik hier in der Verantwortung bleibt. Dies gilt für das Land. Dies gilt aber im Besonderen auch für den Bund und die Europäische Union“, so Damerow.

Damerow verwies in ihrem Debattenbeitrag auf die besondere Bedeutung einer frühzeitigen Sprachförderung. Wer sich in Deutschland aufhalte, müsse in die Lage versetzt werden, sich hier verständigen zu können.

Weiterhin wies Damerow darauf hin, dass der Anstieg der Flüchtlingszahlen bereits längerfristig bekannt sei. Es sei daher nicht nachvollziehbar, weshalb die Landesregierung in der Unterbringungsfrage erst so spät aktiv werde. Zudem warnte Damerow davor, die deutsche Flüchtlingspolitik grundsätzlich schlecht zu reden. „Deutschland nimmt in Europa und auch weltweit eine Vorbildfunktion beim Umgang mit Flüchtlingen wahr“, so Damerow.

Link zum Berichtsantrag der FDP-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1282.pdf>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de